

Die Rednung wird präsentiert Zu den westdeutsch-amerikanischen Finanzverhandlungen

der Widersprüche zwischen dem westdeutschen und amerikanischen Imperialismus bedeuten). In diesem Leitartikel heißt es: „Die beiden wichtigsten Mißverständnisse, nämlich daß (West-)Deutschland zu wenig zahlt und nur widerwillig bereit ist, seinen Beitrag zu erhöhen, hat vielleicht der (west-)deutsche Außenminister beim USA-Präsidenten beseitigen können“. An anderer Stelle heißt es: „Und schließlich blieb es ihm nicht erspart, sich mit dem Mißverständnis zu befassen, daß die Amerikaner Hilfe möchten, sie aber nicht als Hilfe ansehen wollen. Also lauter Mißverständnisse.“

Ein bezeichnendes Eingeständnis dieser Zeitung des deutschen Monopolkapitals. Hierin spiegelt sich auch die Furcht wider, daß die Amerikaner, wenn man ihre Forderungen nicht akzeptiert, sich die gegenwärtigen Differenzen zwischen den USA und ihrem treuesten Bündnispartner verschärfen könnten und Westdeutschland noch mehr in die Isolierung getrieben würde. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die finanziellen Erörterungen Ausdruck des veränderten Kräfteverhältnisses in der kapitalistischen Welt sind, hervorgerufen durch die Wirkung des Gesetzes der ungleichmäßigen öko-

nomischen und politischen Entwicklung der einzelnen imperialistischen Länder. Der deutsche Imperialismus hatte im zweiten Weltkrieg eine entscheidende Niederlage erlitten. Mit Hilfe des amerikanischen Monopolkapitals ist der Imperialismus in Westdeutschland wiedererstand und konnte nach und nach seine Positionen soweit ausbauen, daß Westdeutschland heute hinter den USA den zweiten Platz im kapitalistischen System einnimmt. Damit erheben sie wiederum Führungsansprüche, besonders auf Westeuropa, auf die NATO u. a. m.

Die politischen Forderungen des westdeutschen Imperialismus an die Finanzleistungen

Die aggressiven Kreise des deutschen Monopolkapitals wollten dem USA-Imperialismus ihre wiedererlangte Stärke fühlen lassen und unternahmen den Versuch, den amerikanischen Führungsanspruch, insbesondere in Westeuropa anzuzweifeln, obwohl ihnen bekannt ist, daß die USA immer noch am „längeren Hebel“ sitzen. Ihnen ging es bei den Verzögerungen der Finanzverhandlungen darum, soviel wie möglich für sich selbst an politischen Erfolgen herauszuholen. Es geht ihnen darum, neue Garantien von der Regierung Kennedy gegen eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, gegen die Normal-

sierung der Lage in Westberlin, für eine schnellere Atombewaffnung der westdeutschen Armee, um den Führungsanspruch innerhalb der NATO u. a. m. Dafür sind sie gern bereit, den westdeutschen Werktätigen mehr Steuern aufzuladen, wobei der westdeutsche Werktätige jetzt schon die höchsten Steuern in der Welt aufbringen muß. So mußte die „Deutsche Zeitung“ in dem bereits erwähnten Leitartikel feststellen: „Aber für den jungen Deutschen von heute ist es erst in zweiter Linie wichtig, warum er die höchsten Steuern in der Welt zu bezahlen hat.“ Damit bringt das Blatt die Besorgnis zum Ausdruck,

daß die Werktätigen nicht bereit sind für die politischen Forderungen der aggressiven Kreise des Finanzkapitals noch größere Lasten aufzubringen. Denn die „Deutsche Zeitung“ selbst mußte in ihrer Ausgabe vom 20. 2. 1961 feststellen, „sind nach Auffassung unterrichteter deutscher Kreise Steuererhöhungen nicht zu umgehen.“

Wirft man einen Blick auf die schwindelerregenden Beträge, die Westdeutschland sich zu zahlen verpflichtet hat, so versteht man den Kummer der Zeitung des deutschen Monopolkapitals.

Der westdeutsche Beitrag

Welche Lasten trägt nun Westdeutschland? Es wird noch in diesem Jahr über 6 Milliarden DM an die USA zahlen. Dieser Betrag teilt sich nach Angaben von Brentano folgendermaßen auf:

1. einen Beitrag für die sogenannte „Entwicklungshilfe“ in Höhe von über 4 Milliarden DM;
 2. Nachkriegsschulden in Höhe von 2,5 Milliarden DM;
 3. Rüstungseinkäufe aus den USA in diesem Jahr von über 1 Milliarde DM als Vorauszahlung;
 4. 400 Millionen DM für zusätzliche militärische Beschaffungen und Zahlungen an den von den USA kontrollierten „internationalen Währungsfonds“;
 5. Aufwertung des DM-Devisenfonds.
- Aufwertung des DM-Devisenkurses gegenüber dem Dollar von 4,20 : 1 auf 4 : 1.

Zu der letzten Maßnahme will ich noch einige Ausführungen machen. Im allgemeinen ist unklar, warum eine Aufwertung der DM für Westdeutschland wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich bringt.

Dieser Fakt wird dadurch noch verwirrt, daß im Jahre 1961 die Aufwertung einer kapitalistischen Währung erfolgt, wo doch allgemein bekannt ist, daß die offene oder schleichende Inflation im letzten Stadium des Kapitalismus die Regel ist. Das trifft auch auf den westdeutschen Geldumlauf zu, der seit der Währungsreform, also innerhalb von 12 Jahren, auf das 3½fache anwuchs. Das zeigt, daß auch die westdeutsche Währung von der schleichenden Inflation ergriffen ist.

Zur Klärung dieser Frage muß man zweierlei beachten: Die Auswirkungen der Aufwertung auf den Export der westdeutschen Waren und die Auswirkungen der Aufwertung auf den Import ausländischer Waren.

Die ersten Gedanken, die man sich darüber macht, wurzeln in der Vorstellung, daß eine Aufwertung doch immer eine Verbesserung der Währung darstelle. Genau dieselbe Vorstellung wird ausgelöst, wenn man nur bei der Tatsache verweilt, daß die Aufwertung eine Verteuerung der ausgeführten und eine Verbilligung der eingeführten Waren bedeutet. Wollen wir die Frage einmal theoretisch betrachten, so führt die Aufwertung zu einer

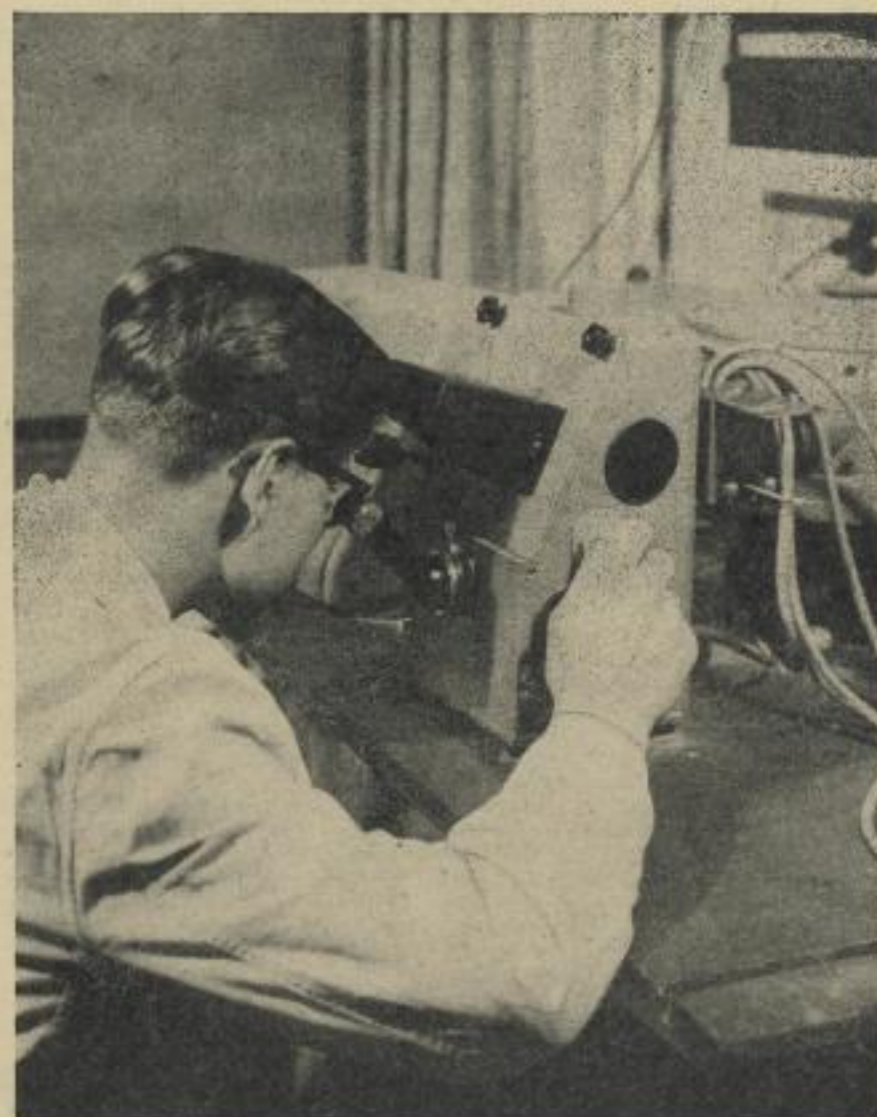
5proz. Verteuerung der für den Export bestimmten westdeutschen Waren und zu einer 5proz. Verbilligung der zu importierenden Waren. Nehmen wir ein Beispiel: Eine westdeutsche Firma exportiert eine Maschine im Werte von 42.000,- DM, dann erhielt sie bisher 10.000 Dollar dafür. Jetzt aber muß sie dieselbe Maschine für 40.000,- DM verkaufen, um 10.000 Dollar zu erhalten. Die Firma steht vor der Frage: Entweder den Dollarpreis für die Maschine zu erhöhen oder auf 5% ihrer Einnahmen zu verzichten. Wenn aber die westdeutschen Waren teurer werden auf dem Weltmarkt, so verringert sich die Möglichkeit des Exportumfanges für Westdeutschland, und eine Exporteinschränkung muß sich unter diesen Umständen zu einem Rückgang des Produktionsvolumens auswirken. Das trifft besonders hart die exportintensiven Industriezweige, wie die Investitionsgüter und den Automobilbau, Schiffsbau u. a. So stellt sich bei näherer Betrachtung heraus, daß die Westmarktaufwertung negative Folgen für das westdeutsche Exportgeschäft hat. Die negativen Folgen waren es, warum sich die Vertreter der Monopole gegen eine Aufwertung aussprachen.

Die Auswirkungen der DM-Aufwertung im Export und Import

In einigen Industriezweigen zeigen sich schon jetzt die ersten Auswirkungen durch Rückgang bzw. Einschränkung von Exportaufträgen. So dient diese Maßnahme dazu, dem amerikanischen Monopolkapital die Möglichkeit zu geben, neue Märkte zu erobern auf Kosten des westdeutschen Exports. Selbst auf dem Binnenmarkt kann

daher das amerikanische Monopolkapital noch mehr Fuß fassen. Praktisch werden die Auswirkungen dieser Maßnahme sehr unterschiedlich sein. Betroffen werden vor allem die kleinen und mittleren Unternehmer und solche Industriezweige, die in der Vergangenheit keine großen Rationalisierungsmaßnahmen durchführen konnten. Die Rationalisierung hat zu einer gewaltigen Steigerung der Ausbeutung und zur Ansammlung von riesigen Profiten bei den großen Konzernen geführt. So werden die mächtigsten Finanzgruppen durch die Veränderung des Devisenkurses weitaus stärker als bisher den Außenhandel in ihren Händen konzentrieren können, bei Verringerung des gesamten Exportvolumens. Es versteht sich am Rande, daß dies nur auf Kosten der kleinen und mittleren Unternehmer geschehen kann, weil diese Betriebe der verschärften Konkurrenzlage auf dem kapitalistischen

Weltmarkt nicht mehr gewachsen sind. Da aber auch die großen Finanzgruppen auf ihre Profite nicht verzichten werden, wird sich der Druck auf die Arbeiterklasse verstärken, um durch erhöhte Ausbeutung die höheren Exportpreise wieder wettzumachen. Was die andere Seite, den Import, anbelangt, so muß man die Behauptung der Westpresse, daß die verringerten Importpreise zu einem Preisdruck auf dem Binnenmarkt führen werden, als reine Propaganda herausstellen. Hier muß betont werden, daß die Exportpreise Großhandelspreise sind, deren Fallen keineswegs mit Bestimmtheit ein Fallen der Einzelhandelspreise nach sich ziehen muß. Außerdem werden die Absatzschwierigkeiten für eine Reihe von Industriezweigen selbst auf dem Binnenmarkt größer werden (Ruhrbergbau, Landwirtschaft). Wenn der Großhandel im Ausland



Dieses Universalspektralphotometer von Zeiss erlaubt die Aufnahme von Absorptionsspektren von Lösungen und Festkörpern im Bereich von 200 bis 1000 nm bei einer maximalen Meßgenauigkeit von $\pm 0,1\%$ absolute Durchlässigkeit. Zur Zeit werden mit Hilfe dieses Gerätes Messungen zur Bestimmung thermodynamischer Daten verschiedener Assoziationsgleichgewichte bestimmt. Die dazu nötigen Temperiermängel für die Küvetten werden im Institut für Physik hergestellt.

In Kürze erscheint:

HOCHSCHULSCHRIFTEN

2. FACHTAGUNG DER FAKULTÄT FÜR TECHNOLOGIE DES MASCHINENBAUES
Arbeitsproduktivität und Qualität im Textilmaschinenbau

HOCHSCHULE FÜR MASCHINENBAU

billiger einkaufen kann und dadurch sein Profit erhöht wird, gelingt es den einheimischen Betrieben immer schwerer, ihre Waren auf dem Binnenmarkt abzusetzen. Betrachtet man die anderen Finanzverpflichtungen Westdeutschlands, so sind diese nur durch weitere Steuererhöhungen aufzubringen.

Das schließt ein Sinken der Einzelhandelspreise von vornherein aus. Was aber für Westdeutschland unbedingt billiger wird, sind die riesigen amerikanischen Rüstungseinfuhren. Strauß hat aber nicht vor, dadurch die Summen für die westdeutsche Aufrüstung zu senken. Im Haushaltplan für 1961/62 wurden allein für direkte und indirekte militärische Ausgaben 27 Milliarden DM veranschlagt.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für Westdeutschland werden durch die Aufwertung des DM-Devisenkurses sprunghaft ansteigen. Darum ist diese Maßnahme von westdeutschen Finanzkreisen nicht besonders freundlich aufgenommen worden. Die Ausbeutung der Arbeiter wird sich weiter erhöhen und die zu erwartenden Absatzschwierigkeiten werden zu einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland führen.

So können wir die Feststellung treffen, daß sich das Währungsmanöver zu einer Offensive auf den Lebensstandard der Werktätigen in Westdeutschland auswirken wird. Unmißverständlich hat das auch Erhard zum Ausdruck gebracht. Indem er sagte, „den Bundesbürgern tut ein Opfer gut, ja sogar not.“ Obwohl die Westmarkaufwertung auch einige Kapitalisten trifft, richtet sich doch in erster Linie gegen die Interessen der Arbeiter und wird zum weiteren Abbau der Löhne und sozialen Rechte der westdeutschen Arbeiter führen.

Abschließend können wir sagen: Die scheinbar nur währungstechnische Maßnahme der Aufwertung ist ein Bestandteil des westdeutschen Beitrages für das internationale Monopolkapital und dient der Aufrechterhaltung des aggressiven außenpolitischen Kurses der Bonner Regierung auf Kosten der Lebenshaltung der Werktätigen.

Aus dem Inhalt:

- Dipl.-Ing. Rümmler
„Werkstückstatistik — ein Hilfsmittel bei der Standardisierung der Erzeugnisse und bei der Spezialisierung der Fertigung“.
- Dipl.-Ing. Podbielski
„Die Einführung der Mitrofanow-Methode auf Einspindel-Revolverdrehautomaten DAR 18 und DAR 36 in der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik“.
- Dipl.-Ing. Schwager
„Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung des Materialeinsatzes durch Kaltfließpressen von Spindelunterteilen“ und weitere 6 Vorträge mit Diskussionen.

HOCHSCHULNACHRICHTEN
Mittellungsblatt des Rektors der Hochschule für Maschinenbau K.-M.-Stadt
Das Redaktionskollegium
Karl-Marx-Stadt C 1
Straße der Nationen 62
Sammelnummer: 42051, Hausapp.: 378
Verlag: Selbstverlag der Hochschule
Redaktionschluß: am 2. und 18. d. Mts.
Erscheint 14tägig
Satz und Druck: Druckerei „Freundschaft“, Werdau/Sa.
III 29/6 KG 15/9/61